

## Editorial

In den zurückliegenden Jahren hat der Gesetzgeber das Gesundheitswesen mit zahlreichen Reformgesetzen überzogen. Dabei war die Zielrichtung durchaus nicht immer einheitlich. Stand anfangs Kostendämpfung ganz im Vordergrund der gesetzgeberischen Interventionen, hießen die Begründungen später, die Verantwortung des Staates solle erhöht oder die Selbstverwaltung gestärkt werden. Mit der jüngsten Reform, dem am 1. April in Kraft getretenen GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG), will der Gesetzgeber nun erklärtermaßen den Wettbewerb im Gesundheitswesen fördern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Konsistenz und Nachhaltigkeit gesundheitspolitischer Handelns. Mit einem wissenschaftlichen Symposium möchte sich die Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG) am Vortag ihrer Mitgliederversammlung in Berlin der Fragestellung annehmen. Der Termin und das Thema „Good Governance und deutsche Gesundheitspolitik“ stehen fest. Noch offen ist bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe die Liste der Referenten.

Insofern möchten wir Sie an dieser Stelle bitten, sich den 18. Januar 2008 für das Symposium und den folgenden Tag für die Mitgliederversammlung freizuhalten. Näheres erfahren Sie zeitnah per E-mail, per Post oder unter [www.grpg.de](http://www.grpg.de)

Jürgen Stoschek  
 Josef-Jägerhuber-Straße 4  
 82319 Starnberg

## Übersicht

Wahltarife – Wettbewerbselement im Solidarsystem aus aufsichtsrechtlicher Sicht <i>Rainer Daubenbüchel</i>	95
<b>Wettbewerbsrecht und Sozialgerichtsbarkeit</b> Im Spannungsfeld von Wettbewerbs- und Sozialrecht – Fusionskontrolle bei Krankenhäusern und Krankenkassen <i>Franz Heistermann</i>	104
Nachfragemacht bei Arzneimitteln <i>Peter Marx</i>	121
Die Leistungserbringer benötigen eine adäquate Gegenmachtstrategie <i>Andreas Köhler</i>	126
<b>Zur Diskussion gestellt</b> Der Einfluss Europas auf die GKV <i>Jürgen Brennenstuhl</i>	130

## Wissenschaftspreis im Gesundheitswesen

Die Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG) hat sich die Förderung des interdisziplinären Austausches und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechtes aber auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik zum Ziel gesetzt. Durch eine Vertiefung rechtlicher, volkswirtschaftlicher, ethischer und medizinischer Gesichtspunkte will die GRPG zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses im Gesundheitswesen beitragen.

Zu diesem Zweck hat die GRPG einen Jahrespreis in Höhe von 5000 Euro für herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgeschrieben, der bevorzugt an Nachwuchswissenschaftler vergeben wird. Das Thema der Arbeit soll den Zielen der GRPG entsprechen. Die Annahme des Preises verpflichtet zur Erstpublikation der Arbeit oder deren Zusammenfassung in der Zeitschrift „Recht und Politik im Gesundheitswesen“. Sie darf in gleicher oder ähnlicher Form nicht bereits andernorts publiziert sein.

Die Arbeiten müssen beim Präsidium der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG), Widenmayerstraße 29, 80538 München, bis spätestens zum 31. Mai des laufenden Jahres eingegangen sein.